



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 164. Ratssitzung vom 3. Dezember 2025

Gemeinsame Behandlung der Geschäfte GR Nrn. 2025/226 und 2025/535

5490. 2025/226

Weisung vom 11.06.2025:

Immobilien Stadt Zürich, Neubau Schulanlage Höckler, neue einmalige Ausgaben

Antrag des Stadtrats

Zuhanden der Stimmberechtigten:

Für den Neubau der Schulanlage Höckler werden neue einmalige Ausgaben von 141 Millionen Franken bewilligt (Preisstand 1. Oktober 2024, Zürcher Index der Wohnbaupreise).

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nrn. 2025/226 und 2025/535

Referat zur Vorstellung der Weisung:

Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP): Die Stadt plant auf dem Areal Allmendstrasse 91 bis 95 im Gebiet Manegg einen Neubau für die Schulanlage Höckler. Das Grundstück wird von der Stadt im Baurecht übernommen. Der Gemeinderat hat dem schon vor ein paar Jahren zugestimmt. Die Fläche ist das letzte verfügbare Areal für einen Schulbau in diesem Entwicklungsgebiet, wo allein mit dem neuen Stadtteil Greencity im östlichen Teil in den letzten Jahren 730 Wohnungen und 3000 Arbeitsplätze entstanden sind. Auch im westlichen Teil wurden viele Wohnungen realisiert. Übrig bleibt das schmale Stück zwischen S-Bahn und Allmendstrasse. Dort soll jetzt die alte Industriehalle weichen und dringend benötigter Schulraum erstellt werden. Die neue Schule soll 22 Klassen beherbergen: 12 Sekundarklassen, 4 SEK3-Klassen, darunter 3 Klassen für Gehörlose und Schwerhörige und 6 Primarschulklassen. Damit reagiert die Stadt einerseits auf die starke bauliche Entwicklung der Quartiere Manegg und Greencity und andererseits auf die über die Jahre entstandene betrieblich ungünstige Situation im Schulkreis Uto. Der Neubau soll den Schulbetrieb entlasten, bestehende Provisorien ersetzen und pädagogisch und organisatorisch langfristig tragfähige Strukturen schaffen. Vorgesehen ist ein sechsgeschossiger Neubau mit verschiedenen schulischen und Quartiernutzungen. Wir sprechen von 22 Klassenzimmern, einem Cluster- sowie Gruppenraum, Räumen für Primar-, Sekundar- und Sonderschulklassen, Musikschulräumen für die Musikschule Konservatorium Zürich (MKZ), einer Bibliothek, einer Mensa und einem Mehr-



zwecksaal, Werk- und Handarbeitsräumen, zwei Einfachsporthallen, einer Schulschwimmanlage, Betreuungsräumen für die Tagesschule und gedeckten Aussenbereichen, von denen Pausenflächen, zwei Allwetterplätze und eine Laufbahn auf dem Dach öffentlich zugänglich sind. Der Neubau erfüllt Minergie-P-ECO-Standard und leistet mit Dach- und Fassadenbegrünung, Biodiversitätsflächen und einer Photovoltaikanlage einen Beitrag zur Hitzeminderung und Nachhaltigkeit im Quartier. Die grosse Herausforderung ist der Standort. Das Areal ist lang und schmal und liegt zwischen der Bahnlinie und der Allmendstrasse. Hinzu kommt eine Gashochdruckleitung im Norden des Grundstücks. Diese Situation führt zu besonderen Anforderungen hinsichtlich Störfallversorgung, Abprall- und Schallschutz, zu Einschränkungen bezüglich Nutzbarkeit des Bodens und zu einem erhöhten Bedarf an technischen und baulichen Sonderlösungen. Die Planung ist anspruchsvoll. Die komplexe Lage beeinflusst sowohl die Architektur als auch die Kosten des Projekts. Zum Schulraumbedarf: Der Schulkreis Uto hat in den vergangenen Jahren ein starkes Wachstum der baulichen Entwicklung entsprechend erlebt. Mehrere Provisorien und temporäre Sporthallen mussten eingerichtet werden. Primarschulklassen mussten in angemieteten Räumen im Maneggshof untergebracht werden, mit knappem Aussenraum und langen Wegen zu Sport- und anderen Infrastrukturen. Mit der Schulanlage Höckler können die Mietlösungen aufgelöst, die Züri-Modular-Pavillons zurückgebaut und bedarfsgerechter Raum für die gehörlosen und schwerhörigen Klassen ermöglicht werden. Ausserdem entsteht zusätzliche Sport- und Schwimminfrastruktur. Letztere fehlt heute. Die vom Stadtrat beantragten Kosten betragen 141 Millionen Franken, davon 117,5 Millionen Franken Erstellungskosten. Die restlichen Mittel sind Reserven. Die Kosten sind gegenüber dem Projektierungskredit deutlich gestiegen. Hauptgrund ist die herausfordernde Grundstückssituation. Ein weiterer Grund sind zusätzliche bauliche Anforderungen bezüglich Schutzmassnahmen, Baugrube und Baugeometrie sowie die Notwendigkeit, den Aussenraum auf dem Dach anzuordnen. Hinzu kommt die Integration der Sporthallen und Schwimmanlagen. Wir haben die Weisung ausgiebig beraten und das Grundstück besichtigt. Bei dieser Gelegenheit haben wir einen Einblick in die aktuelle Zwischennutzung der Industriegebäude bekommen, konnten uns ein Bild von der Lärmsituation vor Ort machen und haben von den Quartiervertreter*innen erfahren, welche Erwartungen das Quartier an dieses Projekt hat.

Kommissionsminderheit Rückweisungsantrag und Schlussabstimmung:

Dr. Balz Bürgisser (Grüne): Ich kenne einige schöne Schulanlagen mit idealen Rahmenbedingungen zum Lernen, mit genügend Innenraum und Aussenraum. Ruhig gelegen, mit einem grossen Pausenplatz, einem Allwetterplatz, einer Spielwiese und viel Grünraum auf dem Areal, damit sich Kinder und Jugendliche in der Pause bei Spiel und Bewegung erholen können. Es gibt Dutzende solcher kindgerechter Schulanlagen in der Stadt. Jetzt sprechen wir über das Gegenteil: eine Schule an einem völlig ungeeigneten Standort. Ich beschreibe den Standort der Parzelle WO 6602. Wegen der vielen Autos auf der Allmendstrasse und der Sihltalbahn S4, die im dichten Takt fährt, ist es sehr laut. Die Autos und die Züge fahren direkt entlang dieser Parzelle. Wenn man dort im Freien steht und ein Zug vorbeifährt, versteht man das eigene Wort nicht mehr. Die Luft ist we-



gen der Sihltalbahn, der Allmendstrasse und den Autos auf der Autobahn A3, die nördlich der Parzelle in der Höhe vorbeiführt, stark von Schadstoffen belastet. Den Schülerinnen und Schülern steht zu wenig freie Fläche für Spiel und Bewegung zur Verfügung. Die Allwetterplätze weisen gemäss Planung eine Fläche von 975 Quadratmetern auf. Das ist etwa halb so viel, wie gemäss Flächenstandards der Stadt Zürich an einer so grossen Schule nötig ist. Ein Rasenspielfeld ist mangels Platz gar nicht möglich. Zudem ist der Aussenraum im nördlichen Teil des Schulareals für die Schülerinnen und Schüler gesperrt, da dort eine Gashochdruckleitung vorbeiführt. Warum plant man eine Schule an einem derart ungeeigneten Standort? Als die Stadt vor sechs Jahren die Projektierung anging, war der Bedarf laut damaliger Prognosen ausgewiesen. Unterdessen wurden die Prognosen aufgrund des Geburtenrückgangs massiv nach unten korrigiert. Die Prognosen im Schulkreis Uto für die Anzahl Sekundarklassen betragen im laufenden Schuljahr 64,5 Klassen. Im Schuljahr 2039/40 werden es noch 56,5 Klassen sein. Das entspricht einem Rückgang von 12 Prozent. Die bestehende Kapazität von 66 Sekundarklassen an den fünf Standorten im Schulkreis Uto reicht bei Weitem aus, um den Bedarf zu decken. Dazu kommt eine Reserve im Schulraumprovisorium auf der Sekundarschulanlage Döltschi, die die Stadt neulich gekauft hat. Der Schulkreis Uto verfügt also über Schulraum für 70 Klassen, was eine Überkapazität darstellt. Das Schulhaus Höckler ist da noch nicht einberechnet. Sogar ohne diese Anlage könnten in Zukunft einige Provisorien im Schulkreis Uto abgebaut werden. Auf der Sekundarstufe geht man davon aus, dass den Jugendlichen ein längerer Schulweg zugemutet werden kann. Anders ist es auf der Primarstufe, wo die Schule innerhalb des Quartiers auf kurzem und sicherem Weg erreichbar sein soll. Das Schulhaus Höckler ist primär für Sekundarklassen geplant, soll aber auch einige Primarklassen beherbergen. Besteht dafür Bedarf? Gegenüber dem Höckler-Areal befindet sich die neue Primarschule Allmend. Im Einzugsgebiet der Schule Allmend stagniert die Anzahl Schülerinnen und Schüler langfristig. Heute werden im Schulhaus Allmend und im dazu gemieteten Nebengebäude zwölf Regelklassen und drei Klassen der Heilpädagogischen Schule (HPS) unterrichtet. Im Schuljahr 2039/40 wird es gemäss offiziellen Prognosen eine Klasse weniger sein. Die Kapazität der Schule Allmend beträgt 15 Regelklassen und 3 HPS-Klassen. Es sind also auch in Zukunft genügend Klassenzimmer und Spezialräume vorhanden. Nur Sporthallen hat es zu wenige. Die motivierte Rückweisung der Grünen fordert, dass auf dem Höckler-Areal eine einfache Sporthalle und eine Schulschwimmanlage errichtet werden. Die vorhandene Sporthalle reicht für die Anzahl Klassen der Primarschule nicht aus. Zudem gibt es in der Nähe keine Schulschwimmanlage für den obligatorischen Schwimmunterricht in der 1. bis 4. Klasse. Hier besteht Handlungsbedarf. Die bestehenden Gebäude auf dem Areal sollen teilweise erhalten und bei Bedarf instandgesetzt werden. Diese Gebäude werden momentan sinnvoll genutzt. Das soll weiterhin möglich sein.

Kommissionsmehrheit Rückweisungsantrag und Schlussabstimmung:

Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP): Eine Mehrheit lehnt den Rückweisungsantrag aus den folgenden Gründen ab. Der Standort des Schulhaus Höckler ist nicht so schlecht, wie er beschrieben wurde. Die Lärmgrenzwerte werden nur in einem Raum minimal überschritten und die zuständigen Fachstellen haben dafür eine Ausnahmegewilligung

in Aussicht gestellt. Nie thematisiert wurde ein alternativer Standort. Es ist aber offensichtlich, dass viele gar keinen alternativen Standort wollen. Es wird von Überkapazität gesprochen. Soweit wir wissen, gibt es diese nicht. Im Gegenteil wurde uns bestätigt, dass Schulraumbedarf besteht. Ohne den Höckler-Neubau kann der prognostizierte Sekundarklassenbedarf nicht realisiert werden. Gemäss Stellungnahmen des Schulamts und der Kreisschulbehörde würde ein Verzicht auf den Bau an diesem Standort weitere Probleme im Schulkreis Uto auslösen. Auch die Primarstufen profitieren vom Neubau. Die heutige Mietlösung war nur als Übergang geplant und erfüllt die Anforderungen an die Aussenraumqualität, die wir im Gemeinderat regelmässig besprechen, nicht. Ein Neustart wäre planerisch und finanziell zudem nicht nachhaltig. Es sind bereits 7,5 Millionen Franken in die Planung und das Gutachten eingeflossen. Kurz zusammengefasst: Das Schulhaus Höckler schafft dort Schulraum, wo er langfristig benötigt wird, löst bestehende Engpässe und stellt einen Standort bereit, der verschiedene städtebauliche Anforderungen erfüllen kann, indem wir die Bildungsinfrastruktur wie auch das Leben im Quartier verbessern. Eine Rückweisung schafft keine bessere Lösung, nur Verzögerungen, Mehrkosten und womöglich Frustration im Quartier. Eine Kommissionsmehrheit lehnt den Rückweisungsantrag ab. Mit dem Neubau kann die Stadt eine langfristig betrieblich sinnvolle Lösung für schulische Infrastruktur in einem neuen Stadtteil erstellen. Der Neubau ermöglicht den Rückbau von Provisorien, verbessert die Infrastruktur, entlastet bestehende Standorte und schafft zusätzlich Sport- und Schwimmkapazitäten. Die Schulanlage Höckler leistet einen wichtigen Beitrag zur städtebaulichen Weiterentwicklung der Manegg und verbindet Schulnutzungen mit öffentlichem Raum fürs Quartier.

Cordelia Forde (SP) begründet das Postulat GR Nr. 2025/535 (vergleiche Beschluss-Nr. 5411/2025): Wir fordern den Stadtrat auf zu prüfen, wie er die aktuellen nicht kommerziellen Nutzenden der Werkhallen auf dem Areal beim Finden von geeigneten Räumen und bei der Weiterführung ihrer gemeinnützigen und kulturellen Tätigkeiten unterstützen kann. Die Hallen werden seit mehreren Jahren zwischengenutzt und bieten einen wichtigen Raum für wertvolle soziale und kulturelle Initiativen. Diese bieten der Stadt einen massgeblichen Mehrwert. Dazu gehören unter anderem der Verein «Essen für Alle», der Essen an armutsbetroffene Menschen verteilt und somit eigentlich eine Aufgabe des Staats übernimmt; und der Verein Zitrone, der Raum für Ateliers, Werkstätten und Proberäume für freischaffende Künstler*innen schafft. Durch den Neubau des Schulhauses droht den Vereinen der Verlust ihrer Räumlichkeiten, was einen grossen Verlust für die kulturelle Vielfalt der Stadt bedeuten würde. Es gehen immer mehr Räume für nicht kommerzielle Organisationen verloren, ohne dass neue zur Verfügung gestellt werden. Dem wollen wir entgegenwirken. Darum fordern wir, dass der Stadtrat die Organisationen bei der Planung des Schulhauses berücksichtigt und sie bei der Suche nach Ersatzräumen sowie bei der Fortsetzung ihrer Aktivitäten unterstützt.

Stefan Urech (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 26. November 2025 gestellten Ablehnungsantrag zum Postulat GR Nr. 2025/535: Bei der Führung durch das Areal ist uns Bürgerlichen vor allem eins aufgefallen. Die Zwischennutzung wird vorrangig von linken Vereinen und entsprechender Klientel frequentiert. Passenderweise ist das auch die Wählerschaft der Linken. Da beschlich



uns das Gefühl, dass die Schulhausvorlage abgelehnt wird, weil man die linken Vereine nicht vergraulen will. Die heutige schicke Lösung ist, dass das Schulhaus gebaut wird und STR André Odermatt für die Vereine irgendwo in der dicht besiedelten Stadt Ersatzräume findet. Wir wissen, wie unrealistisch das ist. Ein Postulat einzureichen, ist nicht genug. Die Zustimmung zum Schulhausbau stellt die Vereine vor ein grosses Problem.

Weitere Wortmeldungen:

Yasmine Bourgeois (FDP): *Dieses Projekt ist ein Paradebeispiel dafür, wie Schulhausprojekte in der Stadt Zürich entgleisen. In der ursprünglichen Weisung hat der Stadtrat dem Volk ein Projekt von rund 83 Millionen Franken präsentiert. Heute sind wir bei 141 Millionen Franken. Das sind 6 Millionen Franken pro Klasse. In der Rechnung ist das Schwimmbad herausgerechnet. Die FDP und eine Mehrheit des Gemeinderats hätten bei 3 Millionen Franken eine Grenze gezogen. Das vorliegende Projekt übersteigt diese um 200 Prozent. Nicht einmal die Kostenrichtwerte der Stadt werden eingehalten. Stattdessen präsentiert uns der Stadtrat eine Liste von Punkten, die das Projekt teurer gemacht hätten, zum Beispiel standortbedingte Faktoren oder zusätzliche bauliche Anforderungen. Teurer wird es aber vor allem darum, weil der Stadtrat das Projekt nicht seriös abgeklärt hat, bevor es dem Volk vorgelegt wurde. Diese Praxis zieht sich wie ein roter Faden durch zahlreiche Projekte in dieser Stadt. Man plant politisch angenehm tief und präsentiert die wahren Kosten erst, wenn der Projektkredit oder der Objektkredit gesprochen werden soll. Das ist dem Steuerzahler gegenüber unehrlich. Der Stadtrat behandelt Steuergeld wie Spielgeld. Dass er zur Beschwichtigung beteuert, man müsse gewisse Kosten herausrechnen, ist nicht glaubwürdig. Ein Projekt kostet, was es kostet. Schön rechnen, macht es nicht günstiger. Wir wollen eine starke öffentliche Infrastruktur. Genauso wollen wir aber Kostendisziplin, Ehrlichkeit und Verlässlichkeit. Dieses Projekt verletzt alle drei Prinzipien. Die FDP lehnt diese Weisung ab und stimmt dem Rückweisungsantrag der Grünen zu. Auch das Begleitpostulat lehnen wir ab.*

Maya Kägi Götz (SP): *Ich bin überrascht, dass die FDP sich den Grünen anschliesst. Die SP hat die Weisung gründlich diskutiert. Der Entscheid war durchaus kontrovers. Dies nicht, weil wir der Ansicht wären, dass der Standort für Kinder und Jugendliche im urbanen Zürich ein Unort oder nicht zumutbar wäre, wie die Grünen anscheinend meinen. Wir teilen die Einschätzung des Stadtrats, dass der Neubau aus diversen Gründen sinnvoll ist. Wir erkennen die Notwendigkeit dieses redimensionierten Bauprojekts, besonders mit Blick auf anstehende Sanierungen von Schulhäusern im ganzen Schulkreis Uto sowie Nutzungen, über die wir in 20 Jahren vielleicht nachdenken müssen. Das Quartier Manegg hat sich in den letzten 20 Jahren von einem Industriegebiet zu einem vielfältigen Wohn- und Arbeitsort entwickelt. Seit Anfang der baulichen Transformation sind fast 1500 Wohnungen und Arbeitsplätze für mehr als 3000 Personen entstanden. Daher ist der Schulhausbau ein wichtiges und folgerichtiges Bauprojekt. Jetzt ausgerechnet bei der Schulinfrastruktur zu bremsen, halten wir nicht für besonders schlau. Zwar schmerzt uns der Abbruch der Industriehallen mit ihren wertvollen Zwischennutzungen. Der Verlust der Bausubstanz mit ihrem Industriecharme und erinnerungskulturellen Wert ist unschön. Aber die Vorteile einer zukunftsfähigen Quartierentwicklung mit*



genügend Schulraum gewichten wir in diesem Fall höher. Bei den Quartierbewohner*innen, die nicht alle links oder grün sind, findet der Neubau grossen Zuspruch. Die Nutzer*innen der alten Hallen wussten, dass es eine Zwischennutzung ist. Aus all diesen Überlegungen lehnen wir den Rückweisungsantrag ab und stimmen der Weisung zu.

Dr. Balz Bürgisser (Grüne): Es besteht gemäss offiziellen Prognosen kein Bedarf an einer zusätzlichen Sekundarschule im Schulkreis Uto, erst recht nicht an diesem miserablen Standort. Im Uto hat es bereits fünf Schulhäuser; vier davon sind gross und mit viel Aussen- und Grünraum ausgestattet. Wenn in ferner Zukunft vielleicht im Jahr 2050 Bedarf bestünde, könnte man an einem bestehenden Sekundarschulstandort einen Erweiterungsbau realisieren. Das ist für die Kinder, Jugendlichen, Lehr- und Betreuungspersonen die bessere Lösung als das Projekt Höckler. Wir Grünen empfehlen darum, dieses fragwürdige Projekt heute Abend zu entsorgen. Auch zum Postulat der SP haben wir eine klare Haltung. Die gemeinnützigen Organisationen, die auf dem Areal Höckler eingemietet sind, leisten wertvolle Arbeit. Die Stadt soll sie in ihrem Fortbestehen unterstützen, darum stimmen wir dem Postulat zu. Die beste Unterstützung der Organisationen wäre es, das Schulhaus Höckler nicht zu bauen. So könnten sie nämlich bleiben.

Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP): Die GLP unterstützt die Weisung aus einem zentralen Grund: Ein neuer Stadtteil funktioniert nur, wenn er nicht nur Wohnraum, sondern auch die notwendige öffentliche Infrastruktur bekommt. Neuen Wohnraum zu schaffen, ist auf jeden Fall nötig. Der Stadtteil Greencity wird regelmässig als Vorzeigeprojekt genannt, da er den Vorgaben der 2000-Watt-Gesellschaft entspricht. Wir sind aber verpflichtet, nicht beim Wohnraum aufzuhören, sondern die städtebaulichen Konsequenzen mitzudenken. Denn ein neues Quartier braucht auch Orte, die es lebenswert machen: Schulen, Sporthallen, Schwimmanlagen, öffentliche Räume. Die Schulanlage Höckler trägt dazu bei. Vielleicht finden die Personen, die im Quartier Manegg wohnen, den für das Schulhaus Höckler vorgesehenen Ort gar nicht so schrecklich, wie er hier dargestellt wird. Auch wir sind der Meinung, dass die Kosten hoch sind. Wir können aber nachvollziehen, dass der städtebauliche Kontext und die Lage des Grundstücks die Kostenentwicklung negativ beeinflusst haben. Nicht nachvollziehen können wir, dass keiner der Kritiker eine konkrete Lösung vorgelegt hat. Abschliessend finden wir von der GLP, dass der Verlust der Zwischennutzung auf diesem Areal schmerzt. Die Werkhallen bieten tatsächlich Raum für viele verschiedene Organisationen und Kulturschaffende und tragen ebenfalls zu einem lebendigen Quartier bei. Darum unterstützen wir das Postulat, dass man die Zwischennutzenden auf der Suche nach Ersatzräumen begleitet.

Urs Riklin (Grüne): Natürlich möchten wir nicht kommerzielle und schwach kommerzielle Freiraumnutzung erhalten und fördern. Zum Postulat der SP muss man ergänzen, dass Diskotheken der Raumbörse nicht mitgemeint sind. Es ist auf Zwischennutzungen und nicht kommerzielle Nutzungen ausgerichtet. Ich bezweifle aber stark, dass das Postulat irgendeinen Effekt haben wird. Das Problem ist, dass der Bodenpreis pro Quadratmeter in Zürich derart gestiegen ist, dass es kaum noch Raum gibt, der nicht kommerziell genutzt wird. Das Postulat wirkt auf mich wie ein Feigenblatt. Wir Grünen sind der Ansicht, dass es für das Schulhaus Höckler heute keinen Bedarf gibt. Es wäre besser,



die Zwischennutzung auf diesem Areal weiterzuführen, bis es Bedarf gibt. Wir lehnen die Weisung ab und stimmen dem Begleitpostulat – mit meiner Ausnahme – zu.

Stefan Urech (SVP): Maja Kägi Götz (SP), du wirst auch über unseren Standpunkt überrascht sein. Die unheilige Allianz, die sich hier formt, gibt es nicht oft. Yasmin Bourgeois (FDP), Balz Bürgisser (Grüne) und ich sind sehr unterschiedlich, wir haben aber alle drei etwas gemeinsam: Wir sind Lehrer. Nach mir spricht eine weitere Lehrerin. Wir werden sehen, ob sie uns zustimmt. Es ist wichtig, die heuchlerische Art der SP zu betonen. Wir sprechen nicht von ein paar Büros, für die ein neuer Standort gesucht werden muss. Wir sprechen von einer riesigen Essensausgabe mit Lagerräumen, einem kleinen Theater, einer Velowerkstatt und weiteren Vereinen. Den Stadtrat zu beauftragen, einen Ersatz zu finden, ohne einen einzigen Vorschlag zu machen, bringt gar nichts. Den Vorwurf, mit der Rückweisung würden 7,5 Millionen Franken Planung in den Sand gesetzt werden, weise ich zurück. Natürlich kriegen wir das Geld nicht retour. Aber nach dieser Argumentation kann keine einzige Vorlage mehr abgelehnt werden, sobald Geld in die Planung investiert wurde. Das Projekt ist teuer. Es ist aber auch spürbar gut geplant. Die Planerinnen und Planer haben offensichtlich leidenschaftlich nach Lösungen gesucht. Man kann es aber drehen und wenden, wie man will. Eine Parzelle zwischen einer stark befahrenen Strasse, einer hochfrequentierten Bahnlinie und einer Gashochdruckleitung ist einfach kein guter Standort für ein Schulhaus. In Bezug auf den Raum möchte ich nochmals betonen, dass viel Platz für Gruppenräume, Therapieräume, Betreuungsräume, Aufenthaltsräume, Logopädie-Räume und ähnliches eingesetzt wird. Für Klassenzimmer, also die Räume, die es für den Unterricht wirklich braucht, wäre mehr als genug Platz da. Läge der Fokus darauf, sähe die Rechnung viel besser aus.

Sophie Blaser (AL): Es überrascht nicht nur Maya Kägi Götz (SP), es überrascht auch mich. Die FDP hat sich in der Kommission enthalten, obwohl der Rückweisungsantrag schon lange auf dem Tisch lag. Mit der Bauentwicklung in der Manegg hat sich das Gebiet in den letzten Jahrzehnten massiv verändert. Es ist nicht mehr wiederzuerkennen. Es wurde stark verdichtet, aber nur schlecht an den Öffentlichen Verkehr (ÖV) angebunden. Ja, es gibt andere Sekundarschulen in diesem Schulkreis. Sekundarkindern kann auch ein längerer Schulweg zugemutet werden. Auch eine gute Durchmischung begrüssen wir. Von der Manegg bis ins Dölttschi-Schulhaus ist es aber weit. Wenn man schnell ist, dauert es 30 Minuten, da man zwei Züge nehmen muss, nur um dann noch hinauf-laufen zu dürfen. Alternativ fährt man mit dem Zug bis zur Sihlcity und nimmt dort den Bus. Somit müssten die Schüler*innen etwa um 7 Uhr das Haus verlassen, um rechtzeitig zum Unterrichtsbeginn anzukommen. Gemäss Schulwegplaner gibt es noch eine weitere Möglichkeit: das Velo. Damit muss man aber durch den Wald fahren, was an besagter Stelle nicht besonders angenehm ist um 7 Uhr morgens. Somit erscheint uns diese Lösung nicht praktikabel. Hier wurde ein Quartier gebaut und es ist nur richtig, ihm die nötige Infrastruktur zu ermöglichen. Ob das Schulhaus Höckler am bestmöglichen Ort ist, sei dahingestellt. Es ist die einzige Option, die wir haben. Wir sind froh, dass auf dem Rundgang mit der Kommission von Seiten der Stadt klar gesagt wurde, dass sie die Vereine bei der Suche nach neuen Räumen unterstützen wird. Wir stimmen der Weisung und auch dem Postulat zu und lehnen den Rückweisungsantrag der Grünen ab.



Karin Weyermann (Die Mitte): Normalerweise ist es relativ mühsam, am Schluss zu sprechen, wenn alles schon gesagt ist. Diesmal sind wir, glaube ich, das Zünglein an der Waage. Es bleibt also spannend. Zum Postulat: Wir sehen es durchaus als sinnvoll an, dass der Stadtrat schaut, ob er etwas für die Vereine tun kann – auch wenn es nicht einfach wird. Es war aber von Anfang an klar, dass sie die Räume nur zwischennutzen können. Wir unterstützen das Schulhaus. Ich stimme Sophie Blaser (AL) zu. Das Quartier hat sich stark weiterentwickelt und es braucht entsprechende Infrastruktur. Auch wenn wir die längeren Schulwege nicht ganz so schlimm finden, ist der Vorschlag, die Kinder ins Döltschi-Schulhaus zu schicken, nicht unser Favorit. Das Höckler-Areal ist das einzige Grundstück, das noch zur Verfügung steht. Wir haben den Rückweisungsantrag der Grünen überrascht zur Kenntnis genommen. Die Einschätzung, es handle sich beim Areal um einen Unort, teilen wir nicht. Wir haben uns überzeugen lassen, dass man dort durchaus ein Schulhaus bauen kann, sofern die richtigen Vorkehrungen getroffen werden. Auch die Kosten sind damit bis zu einem gewissen Grad berechtigt, auch wenn wir es selbstverständlich lieber günstiger hätten. Die Die Mitte/EVP-Fraktion unterstützt die Weisung und das Postulat und lehnt den Rückweisungsantrag ab.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

STR André Odermatt: Ich möchte die Notwendigkeit und den Vorteil des Neubaus der Schulanlage Höckler nochmals zusammenfassend erläutern. Der Neubau ist ein essenzieller Baustein der Schulraumplanung für den Schulkreis Uto im Gebiet Manegg. Sophie Blaser (AL) hat dargelegt, wieso es nicht zur Diskussion steht, die Kinder ins Schulhaus Döltschi zu schicken. Wenn wir die Bildungszukunft im Schulkreis Uto sichern wollen, brauchen wir das Projekt Höckler. Ich spreche nicht nur als Stadtrat, sondern auch als ehemaliger Lehrer. Sie dürfen mir auch glauben, dass das Schulamt die Planung der Schulraumkapazitäten im Griff hat. Wichtig ist dabei nicht nur die Entwicklung der Schüler*innenzahlen, sondern auch der Flächenbedarf für die Tagesschule sowie Sport- und Schwimmanlagen. Anscheinend genügen diese Argumente aber nicht allen. Ich möchte nochmals aufzeigen, was die Konsequenzen einer Ablehnung des Projekts wären. Zum Beispiel würde die temporäre Sporthalle Hans Asper weitergeführt werden. Die Wiese bliebe blockiert. Von den Grünen habe ich bisher immer gehört, wie schlimm das wäre. Nun wird es plötzlich zur Option. Drei Sekundarklassen müssten über längere Zeit im Schulhaus Hans Asper bleiben. Sechs Primarschulklassen des Schulhauses Allmend würden unbefristet im Mietobjekt Maneggghof weitergeführt, das über keine Aussenräume verfügt. Weil Sporthallenkapazitäten vor Ort fehlen, müssten weiterhin teils lange Wege für den Sportunterricht zurückgelegt werden. Dabei geht wertvolle Unterrichtszeit verloren. Im Schulkreis fehlt weiterhin eine Schulschwimmanlage für den Schwimmunterricht. Mit diesem Projekt bietet sich eine Gelegenheit, das anzugehen. Das ist in diesem Gebiet sonst an keinem anderen Ort möglich. Weiter wären die bisherigen Investitionen von 7,5 Millionen Franken weitestgehend verloren. Im Baurechtsvertrag laufen für weitere 95 Jahre jährliche Baurechtszinsen. Das war auch eine Vorlage im Gemeinderat. Wie schlecht die Lage des Areals sei, wird masslos übertrieben. In der Manegg zu wohnen, ist bei Weitem nicht menschenunwürdig. Die Schulanlage Allmend ist trotz der



*knappen Aussenräume von hoher Qualität. Das Quartier ist mit dem Bau sehr zufrieden. Vertreter*innen des Quartiers haben im vergangenen September klar geäussert, dass sie den Neubau Höckler mit den geplanten Aussenräumen brauchen. Nebst dem Schulhaus soll auch der Locher-Oeri-Platz ausgebaut werden. Es sollen zwei Allwetterplätze, gedeckte Aussenbereiche und eine Laufanlage auf dem Dach entstehen, die öffentlich zugänglich sind. Darum ist der geplante Neubau nicht nur eine Schulanlage. Er ist vielmehr ein Zentrum für die Quartiere Manegg und Leimbach. Das Projekt ist deshalb nicht nur aus schulbetrieblichen, sondern auch aus stadtentwicklerischen Gründen sinnvoll und notwendig. Die Bewohner*innen des Quartiers verdienen eine vorausschauende, effiziente und nachhaltige Schulraum- und Quartierplanung. Das können wir mit dem Neubau Höckler ermöglichen. Zum Postulat: Ich habe gehört, der Stadtrat setze sich nie für Zwischennutzungen ein. Wir ermöglichen sie, wo immer es geht. STR Raphael Golta führt eine Abteilung, die sich genau mit dem Thema beschäftigt. Hätte sich der Stadtrat nicht für den Güterbahnhof eingesetzt, wäre die Zwischennutzung längst Geschichte.*

Rückweisungsantrag

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Rückweisungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Rückweisung des Antrags des Stadtrats mit folgendem Auftrag:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung vorzulegen, um die Parzelle WO6602 einer sinnvollen Nutzung durch die Schule Allmend und durch die Bevölkerung zuzuführen. Insbesondere sollen dort eine Schulschwimmanlage und eine Sporthalle errichtet werden. Die bestehenden Bauten sollen teilweise erhalten bleiben und bei Bedarf instandgesetzt werden.

Mehrheit:	Referat: Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP); Maya Kägi Götz (SP), Präsidium; Sophie Blaser (AL), Dr. Tamara Bosshardt (SP), Cordelia Forde (SP), Christine Huber (GLP), Liv Mahrer (SP)
Minderheit:	Referat: Dr. Balz Bürgisser (Grüne); Urs Riklin (Grüne), Vizepräsidium; Stefan Urech (SVP)
Enthaltung:	Yasmine Bourgeois (FDP), Isabel Garcia (FDP), Sabine Koch (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 71 gegen 47 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.



10 / 11

Mehrheit: Referat: Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP); Maya Kägi Götz (SP), Präsidium; Sophie Blaser (AL), Dr. Tamara Bosshardt (SP), Cordelia Forde (SP), Christine Huber (GLP), Liv Mahrer (SP)

Minderheit: Referat: Dr. Balz Bürgisser (Grüne); Urs Riklin (Grüne), Vizepräsidium; Yasmine Bourgeois (FDP), Isabel Garcia (FDP), Sabine Koch (FDP), Stefan Urech (SVP)

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 2 Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 68 gegen 50 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Zuhanden der Stimmberechtigten:

Für den Neubau der Schulanlage Höckler werden neue einmalige Ausgaben von 141 Millionen Franken bewilligt (Preisstand 1. Oktober 2024, Zürcher Index der Wohnbaupreise).

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 10. Dezember 2025 gemäss Art. 35 der Gemeindeordnung

5491. 2025/535

Postulat von Cordelia Forde (SP), Maya Kägi Götz (SP) und Rahel Habegger (SP) vom 12.11.2025:

Unterstützung der in den Werkhallen an der Allmendstrasse eingemieteten nichtkommerziellen Organisationen und Personen bei der Suche nach neuen Räumlichkeiten sowie Sicherung ihres Fortbestehens

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2025/226, Beschluss-Nr. 5490/2025

Cordelia Forde (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5411/2025).

Stefan Urech (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 26. November 2025 gestellten Ablehnungsantrag.

Das Postulat wird mit 83 gegen 33 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat



11 / 11

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat